

Zukunft der beruflichen Bildung

Reformwerkstatt Berufliche Bildung

Die "Reformwerkstatt Berufliche Bildung" des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (RW) hat sich in einem Zeitraum von zwei Jahren mit wesentlichen Herausforderungen und Zukunftsfragen der Beruflichen Bildung, insbesondere der Dualen Berufsausbildung, befasst.

Die RW hat Eckpunkte für eine Strukturentwicklung beruflicher Bildung formuliert, die dazu beitragen sollen, die berufliche Bildung mit ihrem Kern der dualen Berufsbildung zu stärken und einen Perspektivwechsel einzuleiten, der die berufliche Bildung wieder in das Zentrum der Bildungspolitik rückt.

In dem Reformkonzept wird u.a. die Chance gesehen, einen Beitrag zur sozialen Integration von Jugendlichen - vor allem auch aus dem Migrantenumfeld - zu leisten.

Grundsätze für eine Reform der Beruflichen Bildung

Die Experten der RW sprechen von einem fragmentierten, selbst von Insidern kaum durchschaubaren Zuständigkeits- und Verantwortungsdschungel der beruflichen Bildung.

Die RW schlägt vor, den gesamten Bereich der beruflichen Bildung in einem Berufsbildungsgesetz zu regeln, da die kaum übersehbaren Formen der Qualifizierungsmaßnahmen für lernschwächere und marktbenachteiligte Jugendliche einen effektiven Ressourceneinsatz erschweren. Daher seien die Vielfalt der gesetzlichen Regelungen zusammen zu fassen:

- die Berufsausbildungsvorbereitung,
- die duale Berufsausbildung,
- alle Formen schulischer Berufsbildung (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen, Berufliche Gymnasien).

Durch entsprechende Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern sollten die Kompetenzen des Bundes deutlich gestärkt werden.

Einer Konzentration und Integration politisch-administrativer, strategischer Gestaltungs- und Steuerungsaufgaben auf gesamtstaatlicher Ebene komme dabei eine zentrale Funktion zu. Insbesondere sollten strategische Funktionen in der Bundeskompetenz angesiedelt werden.

Reformmaßnahmen

Das vorgeschlagene Reformbündel zielt darauf, die Qualität der dualen Berufsbildung zu verbessern.

Das soll u.a. durch ein "Strukturmodell dualer (Berufs-)Bildungsweg" erreicht werden. Die RW schlägt vor, auf gesonderte Maßnahmen am Übergang von der Sek. I zur Sek. II zu verzichten und das letzte Sek. I-Schuljahr - wahlweise als 9. oder 10. - zur Hälfte der Zeit für eine duale Berufsvorbereitung zu nutzen.

Erforderliche Fördermittel sollen nur noch in die Begleitung von Auszubildenden in den Ausbildungsbetrieben einschließlich der dualen Berufsvorbereitung investiert werden, um einen Berufsabschluss und die Sek. I-Reife zu erreichen.

Dazu gehören u.a.

- **Stufenübergreifende Eingangsstufe in die (duale) Berufsausbildung**

Eingang in die duale Berufsausbildung soll eine zeitlich und

institutionell Verschränkung des Überganges von der Sekundarstufe I (Sek. I) in die Berufsausbildung bewirken.

Alle Schüler der Sek. I, die sich für eine berufliche Bildung entscheiden, beginnen ihre Berufsausbildung auf der Grundlage eines Vorvertrages im neunten oder zehnten Schuljahr im Umfang von zwei Tagen pro Woche in einem Ausbildungsbetrieb

- **Kooperationsgebot zwischen den Lernorten beruflicher Bildung**

Dazu soll die Lernortkooperation auf eine verbindliche Basis gestellt werden. Die RW will den Berufsfachkonferenzen (Lehrer und Ausbilder, die für einen Beruf bzw. eine Berufsgruppe zuständig sind) die Aufgabe zu übertragen, die berufliche Bildung als eine gemeinsame Aufgabe arbeitsteilig und kooperativ zu gestalten.

- **Reduzierung der Berufsfachschulen auf Berufe, für die es keine duale Berufsausbildung gibt.**

Förderung und Integration Lernschwacher und Benachteiligter

Die RW schlägt die "duale Berufsvorbereitung" insb. für die Risikogruppen beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung als Regelform vor.

Die Wirksamkeit dieses neuen Übergangskonzeptes für die duale Berufsausbildung sei darüber hinaus durch ausbildungs- und schulbegleitende Maßnahmen für lernschwache Schüler zu verbessern.

Bundesinstitut
für Berufsbildung **BiBB**

► Forschen

► Beraten

► Zukunft gestalten

Aufgrund eines "pädagogischen Förderimperativs bei gravierenden Leistungsdefiziten" sieht der RW keine Alternative zur Verlagerung des schulischen Lernorts von der Haupt- bzw. Förderschule zur beruflichen Schule ab der 8. bzw. 9. Klasse.

Die bisherigen Ansätze zur Förderung lemschwacher und marktbenachteiligter Jugendlicher trügen nachweislich zu wenig zur Linderung von spezifischen Defiziten bei, teilweise verstärkten sie diese sogar.

Berufsbildungszentren und -netzwerke

Berufliche Bildungszentren/-netzwerke sollen als Dreh- und Angelpunkt für die berufliche Bildung etabliert werden; alle Ressourcen seien lokal oder regional stärker zu vernetzen und auf eine klar verabredete Kooperation vor Ort auszurichten.

So soll die Berufliche Bildung als dritter Säule des Bildungssystems neben und zwischen Schule und Hochschule auch rechtlich etabliert werden.

Die bisherige Zuordnung der Berufsschulen zum Schulsystem verkenne den besonderen Charakter der Berufsbildung.

Die beruflichen Schulen bzw. künftig die Berufsbildungszentren könnten nur in rechtlicher Eigenständigkeit stärker als bisher zur Stärkung der innovativen Milieus der Regionen eingebunden werden.

Die Experten und Teilnehmer der Reformwerkstatt Berufliche Bildung kamen aus Nordrhein-Westfalen, von Verbänden, der Bundesebene und verschiedenen wissenschaftlichen Institutionen.

Das waren noch Zeiten!



Interview mit Dr. Gerhard Bosch, Professor für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Duisburg-Essen. Seit 2007 ist er dort geschäftsführender Direktor des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) - FR vom 31.08.2007

Ist das duale System der Berufsausbildung ein Auslaufmodell?

Unsere Studie zeigt, dass in vielen Ländern die Hochschulausbildung stark ausgebaut wurde, während das duale System der Berufsausbildung an Bedeutung verlor. Noch vor 40 Jahren hatten beispielsweise Großbritannien, Kanada und die USA sehr entwickelte duale Berufsausbildungssysteme. Das ist vorbei. In Frankreich, Neuseeland, Australien und Polen gibt es heute auch nur noch Reste. Die Folge ist, dass in diesen Ländern kaum Alternativen zur akademischen Ausbildung vorhanden sind. Die deutschsprachigen Länder und Dänemark halten dagegen am dualen System der Berufsausbildung fest. Ich denke, das ist richtig, denn es ist erfolgreich. Die Ausbildung erfolgt viel näher am Arbeitsmarkt als eine Hochschulausbildung. Das sehen inzwischen auch andere Länder und versuchen, die berufliche Ausbildung wieder zu beleben.

Früher blieb ein Bäcker sein ganzes Leben lang in seinem Metier. Heute müssen sich die Menschen auf lebenslanges Lernen und wechselnde Tätigkeiten einstellen. Verliert der erlernte Beruf an Bedeutung?

Die meisten Menschen wechseln ja im Laufe ihres Lebens nicht den Beruf. Im Jahr 2004 hatten 82,2 Prozent der Facharbeiter eine ausbildungsadäquate Beschäftigung. Was sich jedoch wandelt, sind die Tätigkeiten innerhalb eines bestimmten Berufsfeldes. Hier ist das in Deutschland dominante Berufsprinzip die beste Antwort auf eine zunehmend flexible Arbeitswelt. Eine breite Berufsausbildung befähigt zum Einsatz auf unterschiedliche Tätigkeiten.

Sie plädieren dennoch für eine Reform der deutschen Berufsausbildung.

Um ihren hohen Stellenwert zu erhalten, sind Reformen unumgänglich. Wir haben zum Beispiel immer noch 229 Splitterberufe. Ihre Zahl hat sich in den letzten Jahren nach langen Bemühungen, Berufe zusammenzufassen, weiter erhöht, weil neue, oft klein geschnittene Berufe dazukamen. Ich halte eine Verringerung auf 200 anstelle der heute 365 Berufe für eine realistische Größe. Außerdem sollten die Berufsbilder offener gestaltet werden als in der Vergangenheit und mehr Wahlmöglichkeiten, etwa in Form von Modulen, bieten.

Experten/Teilnehmer der Reformwerkstatt Berufliche Bildung: Dr. Wilhelm Schäffer, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (Leitung), Roland Matzdorf, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (Moderation), Prof. Dr. Felix Rauner, Institut Technik und Bildung, Universität Bremen (wissenschaftliche Begleitung), Prof. Dr. Gerhard Bosch, Institut Arbeit und Technik, Willi Brase, MdB SPD, Prof. Dr. Philipp Gonon, Universität Zürich, Hermann Nehls, DGB Bundesvorstand, Uwe Schulz-Hofen, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen Berlin, Uwe Schummer, MdB CDU/CSU, Ulrich Wiegand, Handwerkskammer Berlin, Geerd Woortmann, Unabhängiger Sachverständiger.